



Protokollauszug zum BILDUNGS- UND SOZIALAUSSCHUSS

am Mittwoch, 19.04.2023, 17:00 Uhr, Kulturzentrum, Großer Saal

ÖFFENTLICH

TOP 1

**Sanierung und räumliche Neukonzeption der
Stadtteilbibliothek Schloßlesfeld**

Vorl.Nr. 032/23

Beschluss:

Beschluss durch den Bildungs- und Sozialausschuss

1. Der räumlichen Neukonzeption der Schloßlesfeldbibliothek als „Open library“ gemäß Anlage 1 wird zugestimmt.

Beschluss durch den Bauausschuss

2. Sanierungsmaßnahmen der Schloßlesfeldbibliothek auf Grundlage der beiliegenden Planung mit Projektkosten in Summe von 784.000 Euro. Diese ergeben sich aus rund 406.000 Euro (investiv) und 378.000 Euro (konsumtiv) inklusive 19% Umsatzsteuer (Kostengruppen 200-700 inklusive Sicherheitsleistungen).
3. Die notwendigen Finanzmittel für die gesamte Baumaßnahme werden in den Jahren 2023 und 2024 (vorbehaltlich der Genehmigung des Haushalts- und Finanzplans 2024 ff.) den Budgets der Fachbereiche Hochbau und Gebäudewirtschaft sowie Bildung und Familie zur Verfügung gestellt.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss zu Ziffer 1 wird mit 10 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Befangenheit: Stadtrat Meyer

Beratungsverlauf:

EBMin **Schmetz** eröffnet die gemeinsame Sitzung zu Tagesordnungspunkt 1 und 2 des Bildungs- und Sozialausschusses und des Bauausschusses und begrüßt die Anwesenden. Nachdem es zur Tagesordnung keine Änderungswünsche gibt, ruft sie Tagesordnungspunkt 1 auf. Sie teilt Stadtrat Meyer mit, dass Befangenheitsgründe vorliegen.

Stadtrat **Meyer** rückt in den Zuschauerraum ab.

Der **Leiter** des Fachbereiches Hochbau und Gebäudewirtschaft geht anhand einer Präsentation auf die Vorlage ein.

TOP 1

**Sanierung und räumliche Neukonzeption der
Stadtteilbibliothek Schöblesfeld**

Vorl.Nr. 032/23

Der **Leiter** der Stadtbibliothek stellt das Konzept vor.

Der Stadtteil gewinne an Begegnungsmöglichkeiten, ergänzt EBMin **Schmetz** und eröffnet die Aussprache.

Stadtrat **Sorg** spricht von einem tollen und innovativen Konzept und dankt den Fördermittelgebern. Man brauche konsumfreie Begegnungszonen. Er könne sich auch ein erweitertes Konzept vorstellen und regt eine Bibliothek der Dinge an. Zur Heizungssanierung fragt er nach den Planungen und wünscht diese auf Zukunftsfähigkeit und Klimaneutralität auszurichten. Zum Wasserschaden spricht er mögliche Versicherungsleistungen und Haftung an. Er stimmt der Vorlage gerne zu.

Die Bücherei sei ein Teil des Gesamtkomplexes der Schöblesfeld Grundschule, als größte Grundschule in Ludwigsburg, merkt Stadtrat **Braumann** an. Zum Einziehungsgebiet gehöre auch die Hartenecker Höhe und Gämsenberg. Der Wasserschaden beschleunige die Entwicklung. Die Bücherei sei ein Begegnungsort. Es gebe viele positive Synergieeffekte. Er dankt den Spendenden und Förderern. Seine Fraktion stimme mit großer Begeisterung zu.

Stadträtin **Moersch** freut sich über den Beschluss. Das räumliche Konzept mit Treffpunkt zum Austausch ohne Konsum sei großartig. Sie dankt dem gesamten Team.

Stadträtin **Metzger** spricht von einem lebendigen Lebensraum, guter Aufenthaltsqualität, gemütliche Sitzmöglichkeiten sowie bürgernahem Ansatz und einem Mehrwert für den Stadtteil. Inklusion und Teilhabe solle berücksichtigt werden, wie auch die Einbeziehung des Ehrenamtes.

Bücher seien für die Bildung wichtig, so Stadtrat **Eisele** und er geht auf die Historie ein. Durch die Initiative des Fördervereins konnte die Bibliothek erhalten werden. Er dankt den Stiftungen.

Die Vorstellung überzeuge, lobt Stadtrat **Müller**. Er fragt nach einer Neukonzeption hinsichtlich der elektronischen Medien.

Stadträtin **Kainz** sieht hierin auch einen Probelauf für die anderen Stadtteile. Sie fragt nach dem Zugang während der Schließzeiten.

Photovoltaik solle mitgedacht werden, so Stadtrat **Remmele**.

BMin **Schwarz** dankt für das positive Feedback. Man habe großes Glück durch die Fördergelder und sie dankt den Stiftungen. Sie hofft auf weitere Förderer. Einer Bibliothek der Dinge steht sie positiv gegenüber. Bisher seien noch keine Gelder im Haushalt eingestellt. Durch die umliegenden Bäume und Dächer gebe es eine hohe Verschattung, merkt sie zur Frage nach Photovoltaik an.

Stadtrat **Link** fragt nach möglichen Versicherungsleistungen aufgrund des Wasserschadens. Zudem sehe er den Betrag für die Möblierung als zu hoch an.

Der **Leiter** des Fachbereiches Hochbau und Gebäudewirtschaft merkt an, dass alle Gebäude versichert seien, jedoch nicht zum Neuwert. Der Schaden sei gemeldet, jedoch werde der Restwert vermutlich nicht hoch sein. Der Bodenbelag sei 60 Jahre alt. Für 2023 seien keine Mittel in den Haushalt eingestellt aber ein jährliches Budget für unvorhergesehene Maßnahmen. Die Heizung erfolge über das bestehende Blockheizkraftwerk. Eine Untersuchung hinsichtlich Photovoltaik sei erfolgt.

TOP 1

Sanierung und räumliche Neukonzeption der Stadtteilbibliothek Schloßlesfeld

Vorl.Nr. 032/23

Der **Leiter** der Stadtbibliothek geht auf das Thema Bibliothek der Dinge ein. Ein bestehendes Konzept gebe es bereits im Kulturzentrum und könne übertragen werden. Die Arbeitsplätze seien barrierefrei. Das Medienangebot bleibe auch nach der Neukonzeption gleich. Der Zugang außerhalb der Öffnungszeiten werde über den Bibliotheksausweis gesteuert. Es gebe ein Sicherheitskonzept und eine Videoüberwachung.

EBMin **Schmetz** lässt in der gemeinsamen Sitzung des Bildungs- und Sozialausschusses und des Bauausschusses den Bildungs- und Sozialausschuss über Tagesordnungspunkt 1, Ziffer 1 abstimmen. Die Möblierung sei eine Spezialanfertigung, hauptsächlich wegen der Medien. Sie spricht ihren Dank den Stiftungen aus.

TOP 2

Hirschbergschule - Sanierung Fachraum Chemie mit Vorbereitungsraum

Vorl.Nr. 073/23

Beschluss:

Beschluss durch den Ausschuss für Bildung und Soziales (BS)

1. Der Sanierung des naturwissenschaftlichen Fachklassenraumes Chemie/Physik mit Vorbereitungsraum in der Hirschbergschule wird zugestimmt.

Beschluss durch den Bauausschuss (BA)

2. Der Sanierung des naturwissenschaftlichen Fachklassenraumes Chemie/Physik mit Vorbereitungsraum in der Hirschbergschule wird, auf der Grundlage der beiliegenden Planung mit Projektkosten von rd. 482.000 EUR inklusive 19% MwSt. (Kostengruppen 300, 400, 600 + 700), zugestimmt.

Die Beschlüsse stehen unter dem Vorbehalt der Genehmigung des Haushalts 2024.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss zu Ziffer 1 wird mit 11 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Beratungsverlauf:

Nachdem auf einen Sachvortrag verzichtet wird, eröffnet EBMIn **Schmetz** in der gemeinsamen Sitzung des Bildungs- und Sozialausschusses und des Bauausschusses zu Tagesordnungspunkt 1 und 2 die Aussprache.

TOP 2

Hirschbergsschule - Sanierung Fachraum Chemie mit Vorbereitungsraum

Vorl.Nr. 073/23

Stadtrat **Braumann** geht auf die Haushaltssituation ein und fragt, ob eine gemeinsame Ausschreibung der Fachklassenräume für das Mörrike-Gymnasium und die Justinus-Kerner-Schule sowie die Hirschbergsschule sinnvoll sei, um Synergieeffekte zu erhalten. Bei den unvorhersehbaren Kosten müsse möglicherweise aufgrund der Preissteigerungen ein höherer Betrag angesetzt werden, meint er.

Stadtrat **Müller** geht auf die Verknüpfung mit der Justinus-Kerner-Schule ein. Für die Hirschbergsschule seien bisher noch keine Haushaltsmittel bereitgestellt.

Die Ausschreibungen seien in zwei Losen bereits erfolgt, so der **Leiter** des Fachbereiches Hochbau und Gebäudewirtschaft. Lediglich aufgrund der Bündelung habe man ein Angebot erhalten. Für die Hirschbergsschule sei sonst kein Angebot eingegangen. Die Maßnahme für die Justinus-Kerner-Schule sei bereits beschlossen. Mit dem heutigen Beschluss werde die Hirschbergstraße vorgezogen. Auf dem Markt der Fachklassenausrüster gebe es sehr wenige Hersteller. Es liege ein Angebot eines bekannten Herstellers vor. Bei den unvorhergesehenen Kosten erwarte man keine großen Abweichungen und könne gut kalkulieren.

EBMIn **Schmetz** merkt an, dass der Auftrag erst nach Beschluss vergeben werde. Sie lässt in der gemeinsamen Sitzung des Bildungs- und Sozialausschusses und des Bauausschusses zu Tagesordnungspunkt 1 und 2 den Bildungs- und Sozialausschuss über Tagesordnungspunkt 2, Ziffer 1 abstimmen.

EBMIn **Schmetz** schließt die gemeinsame Sitzung des Bildungs- und Sozialausschusses und des Bauausschusses. Im Anschluss findet die Sitzung des Bildungs- und Sozialausschusses statt.

TOP 3

Interkommunale Kunschule Labyrinth
- Jahresbericht 2022
- Änderung Gebührensatzung
- Anpassung Honorare
(Vorberatung)

Vorl.Nr. 104/23

Beschlussempfehlung:

1. Der Jahresbericht der interkommunalen Kunstschule Labyrinth wird zur Kenntnis genommen.
2. Der Anpassung von Gebühren und Honoraren (Anlage-Nr. 6) sowie der neuen Gebührensatzung (Anlage-Nr. 7) wird zugestimmt.
3. Dem Haushaltsplan der Kunstschule Labyrinth für das Jahr 2024 entsprechend der Anlage-Nr. 5 wird – unter Vorbehalt der Genehmigung des Gesamthaushaltsplans 2024 - zugestimmt.

TOP 3

Interkommunale Kunschule Labyrinth
- Jahresbericht 2022
- Änderung Gebührensatzung
- Anpassung Honorare
(Vorberatung)

Vorl.Nr. 104/23

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 11 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Der Beschluss erfolgt als Empfehlung an den Gemeinderat.

Beratungsverlauf:

EBMin **Schmetz** fährt in der Sitzung des Bildungs- und Sozialausschusses fort und ruft Tagesordnungspunkt 3 auf.

Der **stellvertretende Fachbereichsleiter** zeigt Fotoimpressionen und geht auf die Vorlage ein.

EBMin **Schmetz** lobt die Kreativität und Lebendigkeit. Die Erhöhung der Gebühren liege in einem moderaten Rahmen. Mit der Honorarsteigerung versuche man das Personal weiterhin zu binden. In Bietigheim-Bissingen werde zeitnah ebenso eine Beschlussfassung erfolgen. Sie eröffnet die Aussprache.

Stadträtin **Wiedmann** dankt dem gesamten Team und spricht das große Angebotsspektrum an. Das

Angebot für alle Altersklassen imponiere sie sehr. Sie stimmt der Vorlage gerne zu.

Stadtrat **Meyer** dankt dem Team für die umsichtige Planung und die Möglichkeit zur Ausweitung des Programms bei Nachfrage. In der Klausur konnte man einen Einblick in einige Arbeitsbereiche erhalten. Die Senkung des Abmangels um 50.000, --Euro sei ein hervorragendes Ergebnis. Die große Nachfrage liege an der Qualität der Angebote. Unter Anderem habe es einen Anstieg bei den Kooperations- und Ferienkursen gegeben. Er fragt, warum jedoch bei den Jahreskursen die Teilnahme stagniert habe. Wichtig sei ihm ein kontinuierlicher Anstieg der Teilnahme aus einkommensschwachen Familien. Er fragt, ob der Kontakt über die Schulsozialarbeit, wie auch über die LudwigsburgCard verbessert werden konnte. Die Vergütung solle angesichts der Inflation zeitnah angepasst werden. Er wünscht eine Evaluation in zwei Jahren und stimmt der Vorlage gerne zu.

Stadträtin **Moersch** lobt das hervorragende Angebot und das tolle Team. Die Teilnehmerzahl sei groß. Die Altersspanne sei eine Herausforderung. Sie stimmt gerne zu.

Stadtrat **Dr. O'Sullivan** spricht von einer wichtigen kulturellen Einrichtung mit sozialen Komponenten. Im Gebührentarif sei eine soziale Komponente enthalten und die Erhöhung sei moderat. Mittelfristig solle eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung der Lehrkräfte angestrebt werden und er fragt, ob dies denkbar sei.

Die Kurse seien sehr gut besucht und in Ludwigsburg nicht wegzudenken, sagt Stadtrat **Heer**. Das umfangreiche Programm und die Vielfältigkeit sowie die Kooperation sei ein Leuchtturm für Ludwigsburg. Die Anpassung sei moderat.

TOP 3

Interkommunale Kunschule Labyrinth
- Jahresbericht 2022
- Änderung Gebührensatzung
- Anpassung Honorare
(Vorberatung)

Vorl.Nr. 104/23

Stadtrat **Müller** dankt dem Team für die geleistete Arbeit. Er fragt, wie viele die Vergünstigung über die LudwigsburgCard in Anspruch genommen haben. Zudem will er wissen, wie hoch der Anteil sei, der nach den Schulkursen als Teilnehmende weitermache. Außerdem fragt er nach einer Rotation in den Schulen und nach der Zielvorstellung sowie der maximalen Ausweitung des Angebotes. Die Gebührenerhöhung sei unvermeidlich und die Honorarerhöhung längst überfällig. Die Stärkung des Stadtteilbewusstseins lobt er. Er wünscht mehr Information zum Haushaltsansatz und zur aktuellen Entwicklung.

Der **stellvertretende Fachbereichsleiter** geht auf die offenen Fragen ein und dankt für das positive Feedback. Die Jahreskurse stagnieren auf einem sehr hohen Niveau. In Bietigheim-Bissingen seien die Räumlichkeiten beengt. Hier versuche man eine Kooperation mit der Musikschule zu erreichen. Man arbeite in den Schulen als Bildungsdienstleister und die Angebote seien teils kostenfrei. Die Nachfrage sei größer als das Angebot. Er geht weiter auf die Themen Teilhabe und Bildungsgerechtigkeit ein. Das Instrumentarium der LudwigsburgCard und Tarifrabbattierung müsse stärker platziert und ausgebaut werden. Der Anstieg an LudwigsburgCard Inhabern sei da, aber noch nicht genug. Die regelmäßige Anpassung der Gebühren und Honorare sei ebenso ein Wunsch des Beirats und werde aufgenommen. Er versuche im Haushalt möglichst realistische Teilnehmerzahlen

abzubilden und arbeite eher defensiv. Die Planungen seien realistisch. Man arbeite mit Förderkulissen sowie Angebot und Nachfrage. Die Materialkosten haben sich signifikant erhöht, fügt er noch hinzu.

Nach dieser Aussprache lässt EBMin **Schmetz** über die Vorlage abstimmen. Die Möglichkeit zur Umwandlung der Honorarkräfte in Festanstellungen werde zur Prüfung mitgenommen. Man wolle dennoch eine Mischung hinsichtlich der großen Vielfalt in diesem Sektor erhalten.

TOP 4

Antrag auf Mittel aus dem Fonds Jugend, Bildung, Zukunft des Vereins der Freunde und Förderer des HarVeeh-Ensembles Ludwigsburg e.V.

Vorl.Nr. 061/23

geänderter Beschluss:

Der Verein der Freunde und Förderer des HarVeeh-Ensembles Ludwigsburg e.V. erhält für die Umsetzung des inklusiven HarVeeh-Ensembles Ludwigsburg mit der Schule am Favoritepark sowie der Gemeinschaftsschule Innenstadt als Kooperationspartnerinnen in den Schuljahren 2023/24, 2024/25 und 2025/26 *abzüglich der Verwaltungs- und Werbungskosten in Höhe von 1.000 € pro Schuljahr* Mittel aus dem Fonds Jugend, Bildung, Zukunft in Höhe von insgesamt ~~35.697,00~~ *32.697,00* € (~~11.899~~ *10.899* € je Schuljahr).

TOP 4

Antrag auf Mittel aus dem Fonds Jugend, Bildung, Zukunft des Vereins der Freunde und Förderer des HarVeeh-Ensembles Ludwigsburg e.V.

Vorl.Nr. 061/23

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der geänderte Beschluss wird mit 10 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen mehrheitlich gefasst.

Beratungsverlauf:

Eine **Mitarbeiterin** des Fachbereiches Bildung und Familie geht auf die Vorlage ein.

Die **Vorsitzende** des Vereins der Freunde und Förderer des HarVeeh Ensembles Ludwigsburg e.V.

stellt das Instrument und das musikpädagogische Projekt vor. Es erfolgt eine musikalische Einlage. Anhand eines Filmes werden Impressionen aus der Praxis gezeigt.

EBMin **Schmetz** dankt und eröffnet die Aussprache.

Stadträtin **Wiedmann** stimmt der Vorlage gerne zu. Sie dankt und lobt die Arbeit für dieses Vorbildprojekt, welches zum Nachahmen animieren solle. Das musikalische Können und das gemeinsame Verständnis füreinander und ein inklusives Miteinander werde gefördert. Die Öffentlichkeitsarbeit solle nachgerüstet werden.

Stadträtin **Dr. Traub** freut sich ebenso über das gute Konzept. Die Klänge seien beruhigend und berührend. Man fördere die Feinmotorik und kognitiven Funktionen. Sie fragt nach den Förderungen durch die angrenzenden Kommunen und will wissen, wie sich das Projekt nach dem Förderzeitraum finanziere. Zudem sei der Honorarbetrag im Vergleich zur städtischen Jugendmusikschule höher.

Stadträtin **Moersch** dankt für die Darbietung. Die Fondsmittel seien genau für solche Projekte gedacht, merkt sie an. Es fördere das Miteinander. Sie wird der Vorlage zustimmen. Man solle weitere Förderungen akquirieren und sie fragt nach der Finanzierung in drei Jahren.

Stadträtin **Metzger** wünscht mehr Öffentlichkeitsarbeit. Das Projekt ermögliche Inklusion und Teilhabe. Sie stimmt ebenso zu.

Stadtrat **Heer** regt an, dass der Landkreis angefragt werden solle, da die Schule in Trägerschaft des Landkreises stehe. Er wird der Vorlage zustimmen und unterstütze das Projekt.

EBMin **Schmetz** merkt an, dass das Honorar laut Richtlinien bei maximal 34,50 Euro liege. Die Förderfähigkeit sei auf 31,50 Euro gekürzt.

Von der Landesoberkasse erhalte der Verein einen Zuschuss und kann dadurch teilweise die Differenz begleichen, so die **Vorsitzende** des Vereins. Die Honorarkräfte sollen künftig als Musikpädagogen durch das Land angestellt werden, so sei das gewünschte Ziel. Die Ensemblearbeit könne jedoch nicht auf die Landesoberkasse zurückfallen. Die Musiklehrer seien ausgebildete C-Musiker und Heilpädagogen. Hier liege das Honorar höher. Man werde künftig mehr in die Öffentlichkeitsarbeit investieren und unter anderem öffentliche Auftritte planen. Die Eltern können teilweise keine finanzielle Unterstützung für das Ensemble leisten. Der Harfenunterricht werde unabhängig vom Ensemble privat finanziert. Derzeit seien 25 Kinder beteiligt, davon vier Kinder aus auswärtigen Schulen. Sie werde eine Nachfrage beim Landkreis stellen und dankt für den Hinweis.

TOP 4

**Antrag auf Mittel aus dem Fonds Jugend,
Bildung, Zukunft des Vereins der Freunde und
Förderer des HarVeeh-Ensembles Ludwigsburg
e.V.**

Vorl.Nr. 061/23

Stadtrat **Meyer** spricht von einem tollen Projekt und großem Engagement. Angesichts anderer Institutionen, wie Theatersommer, Jugendmusikschule oder Tanz- und Theaterwerkstatt, denen man zusätzliche Mittel verweigert habe, wolle er jedoch keinen Präzedenzfall schaffen. Er meint, dass 20.000 Euro als Anschubfinanzierung genug seien. Mit der vorgegebenen Summe könne er der Vorlage nicht zustimmen. Der Verein arbeite bereits seit 6 Jahren. Aufgrund der Nachhaltigkeit solle die weitere Finanzierung geregelt sein. Zudem sei der Betrag von 3.000 Euro für

Marketingmaßnahmen wie Logo oder Homepage nicht mit den Richtlinien des Fonds vereinbar. Gegenüber den Spendern seien die Kriterien festgelegt. Er regt an, dass die umliegenden Städte und Kreise, wie auch Fördermittel des Bundes, angefragt werden sollen. Er wünscht weiterhin viel Erfolg für das Projekt.

Stadtrat **Müller** geht auf die Richtlinien ein. Er fragt, ob der Antrag aufgeteilt werden könne und ein Teil durch die Bürgerstiftung übernommen werde.

EBMin **Schmetz** geht auf die offenen Fragen ein. Die Projektförderung sei auf drei Jahre begrenzt. Man habe eine Ludwigsburger Schule in städtischer Trägerschaft, sowie eine Schule in Trägerschaft des Landkreises. Laut Richtlinien müsse das Bildungsangebot an Ludwigsburger Schulen stattfinden. Die Werbungskosten seien über die Förderrichtlinien nicht abgedeckt, dies solle im Beschlussvorschlag entnommen werden. Ansonsten solle das Projekt in seiner Gesamtheit gesehen werden, merkt sie an.

Stadtrat **Dr. O'Sullivan** spricht von einem außergewöhnlichen Projekt. Man solle eine gewisse Großzügigkeit walten lassen. Ausgenommen der Verwaltungskosten seien die Richtlinien eingehalten.

Stadträtin **Shoaleh** wünscht künftig eine genaue Prüfung durch die Verwaltung im Vorfeld. Sie lobt das gute Projekt.

Während des Beratungsverlaufs formuliert EBMin **Schmetz** einen geänderten Beschlussvorschlag, wie oben kursiv eingefügt und lässt darüber abstimmen.

TOP 5

**Gewährung einer stets widerruflichen Zulage
für Einrichtungsleitungen und deren
Stellvertretungen
(Vorberatung)**

Vorl.Nr. 095/23

Beschlussempfehlung:

Die Stadt Ludwigsburg gewährt den Leitungen und den stellvertretenden Leitungen in den städtischen Kindertagesstätten (KiTa) und in der Schulkindbetreuung (SKB) im Bereich des TVöD-SuE ab 01.04.2023 eine stets widerrufliche Zulage von monatlich 130,--€ ohne Anerkennung einer Rechtspflicht. Die Zulage entfällt, sobald sich die Tarifpartner auf eine Zulage für diese Berufsgruppen einigen. Eine Umwandlung dieser Zulage in Umwandlungstage ist nicht vorgesehen.

TOP 5

**Gewährung einer stets widerruflichen Zulage
für Einrichtungsleitungen und deren
Stellvertretungen
(Vorberatung)**

Vorl.Nr. 095/23

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 10 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend: Stadträtin Metzger

Der Beschluss erfolgt als Empfehlung an den Gemeinderat.

Beratungsverlauf:

Der **Leiter** des Fachbereiches Bildung und Familie geht auf die Vorlage ein. In der Gleichbehandlung stelle dies eine massive Unwucht dar. Zudem wolle man den Wettbewerbsnachteil ausgleichen und eine Wertschätzung ausdrücken.

Unsere Erzieherinnen haben uns während Corona den Rücken freigehalten und viel Unmut aushalten müssen, erinnert EBMin **Schmetz**. Die freien Träger haben bereits nachgebessert und gewähren eine übertarifliche Zulage. Sie lobt die gute Arbeit und eröffnet die Aussprache.

Stadträtin **Wiedmann** geht mit der Vorlage mit und dankt.

Wir wissen seit Corona, dass es mit Beifall nicht getan sei, merkt Stadtrat **Meyer** an und spricht seinen Dank aus. Er wird der Vorlage zustimmen.

Stadträtin **Moersch** dankt für die großartige Arbeit und signalisiert ebenso ihre Zustimmung.

Stadtrat **Dr. O'Sullivan** schließt sich dem Lob an. Er versteht nicht, wie dies passieren konnte. Aufgrund der Wertschätzung und dem Wettbewerb um die Fachkräfte müsse man als Arbeitgeber mitgehen, auch wenn die Summe pro Jahr hoch sei. Er geht auf die anderen Träger ein und fragt nach den dortigen Tarifverträgen. Die Erstattung durch die Stadt solle zeitnah in die Pauschalen eingepreist werden. Er wird der Vorlage zustimmen.

Stadtrat **Heer** stimmt ebenso zu.

In Anerkennung der Leistung müsse die Stadt mitgehen, meint Stadtrat **Müller**. Er fragt nach der Bemessungsgrundlage für die Zulage und will wissen, ob bei einer Einigung durch die Tarifpartner auf einen geringeren Betrag, auch eine Benachteiligung entstehen könne.

Mit der Zulage sei kein Rechtsanspruch verbunden, merkt EBMin **Schmetz** an. Der Tarifvertrag laufe 24 Monate und sie geht davon aus, dass die Zulage mit dem nächsten Tarifabschluss obsolet sei und die Ungerechtigkeit behoben werde. Ein Nachteil für die Mitarbeitenden solle nicht entstehen. Der Mittelwert werde in die Pauschalen einfließen. Viele Träger haben keine Tarifverträge und orientieren sich am TVöD. Sie lässt über die Vorlage abstimmen.

EBMin **Schmetz** schließt die öffentliche Sitzung.

